

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Montag.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
G. Legien,
Zollvereins-Niederlage,
Wilhelmstr. 8, I.

Die Pflege des Klassenbewußtseins durch die Gewerkschaftsbewegung.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt in Nr. 28 (14. Juli 1894) unter diesem Titel einen Artikel, in welchem das in einigen Gewerkschaften vorhandene Unterstützungswesen als eine Einrichtung, die nicht geeignet ist, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu heben, hingestellt wird. Die Redaktion weist gleichzeitig in einer Anmerkung auf einen Artikel in Nr. 47 (25. November 1893) hin, in welchem das Unterstützungswesen der Gewerkschaften für notwendig erklärt und den Gewerkschaften, welche ihre Arbeitslosen z. noch nicht unterstützen, empfohlen wird, diese Unterstützungen einzuführen. Beide Artikel werden seitens der Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ zur Diskussion gestellt. Gegen den Artikel in Nr. 47 (1893), der sich im Wesen mit unseren Anschauungen über diese Frage deckt, war eine Polemik nicht zu führen, dagegen erscheinen die Ausführungen des erstgenannten Artikels, dessen Verfasser offenbar das innerste Wesen und den Zweck der Gewerkschaften verkennet, geeignet, der ohnehin im Argen liegenden deutschen Gewerkschaftsbewegung mehr zu schaden als zu nützen. Wir wollen es daher nicht unterlassen, unsere Ansicht über die angeregte Frage auszusprechen, und sind deshalb genöthigt, die Stellen des Artikels, welche sich gegen das Unterstützungswesen aussprechen, im Wortlaut wiederzugeben. Es heißt dort, nachdem der Kongreßbeschlüsse, welche den Gewerkschaften die Pflege des Klassenbewußtseins empfehlen, gedacht ist, wie folgt: „Aber nicht bloß bei einzelnen englischen Gewerkschaften ist ein Mangel an Klassenbewußtsein zu konstatiren, sondern leider auch bei einigen deutschen Gewerkschaften. Auch bei uns spielt der Zunftgeist, der Professionsdünkel nicht bloß bei unorganisirten Arbeitern, sondern auch in einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen noch eine Rolle, besonders in denjenigen Branchen, in denen die handwerksmäßig ausgebildeten Arbeiter noch überwiegen. Daher die eigenthümliche Erscheinung, daß einzelne Gewerkschaften die Pflege des Klassenbewußtseins in den Hintergrund schieben, dafür aber noch heute einen wüsten Ballast von geradezu utopistischen Zielen in ihren Statuten miterschleppen. Wir rechnen hierzu alle jene Einrichtungen, die reinen Unterstützungszwecken bei dauernder oder

vorübergehender Arbeitslosigkeit, bei eintretender Inbalidität oder bei Arbeitsunfähigkeit infolge hohen Alters dienen. In gewissem Sinne zählen wir aber auch die Reiseunterstützungen und die Regelung des Herbergswesens zu den Thätigkeiten der Gewerkschaften, die eigentlich aus dem Rahmen ihrer Ausgaben herausfallen, wenn wir auch nicht verkennen, daß die Zusicherung momentaner Vortheile für die Gewerkschaftsmitglieder dazu geeignet ist, die indifferenten Arbeiter für die Gewerkschaftsbewegung zu interessieren. Aber nichtsdestoweniger bekundet auch diese Thätigkeit, oder vielmehr das Schwergewicht, das ihr von vielen organisirten Arbeitern noch beigelegt wird, doch, daß von zahlreichen Arbeitern die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung mit geringer Klarheit betrachtet werden. Es dürfte deshalb nicht überflüssig sein, zunächst ganz kurz auf die Gefahren hinzuweisen, die daraus entstehen, daß Gewerkschaften und Fachvereine ihre Kräfte bei der Beschäftigung solcher Aufgaben vergeuden, die für das Endziel der Gewerkschaftsbewegung völlig irrelevant sind, um dann auf dieses Endziel selbst näher einzugehen.

Diese Auseinandersetzung scheint uns um so weniger überflüssig, da es auch in Deutschland noch einige Gewerkschaften giebt, die Eingeweichten werden wissen, welche wir meinen, die gerade in der Pflege utopistischer Nebenziele ihre Hauptthätigkeit entfalten und sich von den „Gewerkschaften“ nur dadurch unterscheiden, daß die Mitglieder dieser für den freisinnigen, die Mitglieder jener für den sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme in die Waagschale werfen.

Die Gewerkschaften als Versicherungsinstitute gegen Arbeitslosigkeit zu betrachten, heißt bei der gegenwärtigen Zuspitzung des Kapitalismus geradezu die Existenz der Gewerkschaften auf's Spiel setzen.

Die Existenz der industriellen Reservearmee gehört nun einmal zu denjenigen Requisiten, ohne die der Kapitalismus nicht zu operiren vermag. Die sozialen Wirkungen der industriellen Reservearmee aber durch Arbeitslosenunterstützung paralyziren wollen, heißt das Pferd, das uns aus dem Sumpf des Kapitalismus herausziehen soll, beim

fortgesetzten Streiks der Bildhauer, den gewaltigen Kampf der Buchdrucker, der Glacehandschuhmacher, der Lederarbeiter (Weißgerber), der Hutmacher in Luckenwalde usw. hinzuweisen, um zu zeigen, daß diese Organisationen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen? Gewiß, sie kämpfen, um ihren Zweck zu erreichen, aber sie wissen in den meisten Fällen, daß diese Kämpfe weit über den Rahmen der momentanen Verbesserung der Lebenshaltung hinausgehen. Sie kennen und erfüllen ihren Zweck; um dieses thun zu können, wenden sie die Unterstützung auch während der Friedenszeit, wenn von dieser überhaupt die Rede sein kann, an. Will eine Gewerkschaft ihre Aufgabe erfüllen, so muß sie einen größeren Prozentsatz ihrer Mitglieder umfassen. Und da finden wir, daß gerade die Organisationen, welche Unterstützungen zahlen, nach dieser Richtung hin am günstigsten stehen. Wenn die Handschuhmacher 74, die Bildhauer 56, die Buchdrucker 50, die Kupferschmiede 35, die Porzellanarbeiter 25, die Zigarrenfortirer 24 Prozent ihrer Berufsangehörigen organisiert haben, während die meisten anderen Organisationen zwischen 2 und 12 Prozent schwanken, so muß man sich unbedingt sagen, daß die erstgenannten mehr befähigt sind, ihren Zweck zu erreichen, als die letzteren. Wenn man aber glaubt, daß die Gewerkschaften, welche keine Unterstützungseinrichtungen haben, von stärkerem Klassenbewußtsein durchdrungen seien, als die Unterstützungsbereine, so ist das eine Annahme, die nicht bewiesen werden kann. Verfolgt man die Presse sämtlicher Organisationen, so findet man, daß dieselbe in der Tendenz einen vollständig einheitlichen, mehr oder weniger stark ausgeprägten Charakter, den des Klassenkampfes, trägt.

Vergleicht man die Verhandlungen auf den Kongressen und den Generalversammlungen, sowie in den Versammlungen lokaler Natur, so wird man kaum einen Unterschied in denselben bei den verschiedenen Organisationen finden. Wie, wo und wann soll dann aber bewiesen werden, daß die Organisationen mit Unterstützungseinrichtungen weniger das Klassenbewußtsein pflegen? Der Verfasser wird die Arbeiter, welche den politischen Organisationen angehören, als solche bezeichnen, die das stärkste Klassenbewußtsein haben. Nun zeigen aber die Statistiken, welche in verschiedenen Städten bezüglich der Berufsangehörigkeit der Mitglieder der sozialdemokratischen Vereine aufgenommen sind, daß die Buchdrucker, deren Organisation die weitgehendsten Unterstützungseinrichtungen hat, vielfach an Mitgliederzahl in diesen Vereinen die Arbeiter anderer Berufe prozentual übertreffen. Aus dem Verhalten der Organisationen, aus ihren Fachorganen, aus den Versammlungen, aus der Handlungsweise der einzelnen Mitglieder wird also nicht nachzuweisen sein, daß die Gewerkschaften, welche Unterstützungseinrichtungen haben, ihre Mitglieder weniger zum Klassenbewußtsein erziehen, als diejenigen, welche ihren Zweck ohne solche Unterstützungen zu erreichen streben.

Aber die Unterstützung und besonders die Arbeitslosenunterstützung ist ein wesentliches Mittel, den Zweck, die Ziele der Organisation zu erreichen. Es ist leicht gesagt, der klassenbewußte Arbeiter

wird seiner Organisation auch treu bleiben, wenn er arbeitslos ist, wird auch dann nicht gegen deren Interessen handeln. Wenn aber der Hunger den Arbeiter treibt, Arbeit anzunehmen, nicht zu den von der Organisation gestellten Bedingungen, sondern unter allen Umständen, dann werden die Arbeitsbedingungen nicht plötzlich, aber um so sicherer verschlechtert. Man muß selbst in diesen Verhältnissen gelebt, die Vorgänge selbst beobachtet haben, um dieses richtig beurtheilen zu können. Wenn dann die Lohn- und Arbeitsverhältnisse (nicht weil die Arbeiter sich keine besseren wünschen, sondern weil sie durch die Noth gezwungen waren, Arbeit unter den schwächlichen Bedingungen anzunehmen) so weit herabgedrückt sind, daß sie unerträglich geworden, dann muß durch einen Streik eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeigeführt werden. Und dieser Streik erfordert dann mehr Mittel, als für die Unterstützung der Arbeitslosen aufgewandt worden wären. Das ist doch dem mit den Verhältnissen Vertrauten klar. Ist es da nicht besser, wenn die Arbeitslosen durch die Unterstützung in den Stand gesetzt werden, nur zu den von der Organisation gestellten Bedingungen Arbeit anzunehmen? Und wenn dann eine Arbeitseinstellung in Szene gesetzt wird, so soll durch dieselbe nicht das wieder gewonnen werden, was die Arbeiter schon besaßen, sondern es wird einen Schritt weiter gegangen werden können. Ohne die Arbeitslosenunterstützung werden die Gewerkschaften sich mit wenigen Ausnahmen in dem Kreise bewegen müssen, Arbeitszeit und Arbeitslohn immer wieder auf den schon einmal errungenen Standpunkt zu heben.

Und genau dasselbe gilt für den Arbeitsnachweis. Auch dieser wird nur dann in den Händen der Arbeiter liegen, wenn die Arbeitslosen in der Lage sind, auf die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber zu verzichten, weil sie warten können, bis ihnen durch ihren Nachweis eine Stelle angewiesen werden kann.

Wir können bei dem geringen Raum, den unser Blättchen hat, diese Ausführungen nicht auf alle die Vortheile, welche das Unterstützungswesen den Gewerkschaften bringt, ausdehnen. Das Angeführte dürfte aber genügen, um zu zeigen, daß die Unterstützungseinrichtungen für die Gewerkschaften kein Ballast, sondern ein notwendiges Mittel zur Erreichung ihres Zweckes sind. Die Arbeitslosenunterstützung wird nicht an sich die Existenz der Gewerkschaft gefährden. Wenn die Gewerkschaft aber bei dem fortgesetzten Steigen der Reservearmee nicht deren Verminderung durch Verkürzung der Arbeitszeit in gewissen Zeitabschnitten herbeiführen wollte, dann könnte sie allerdings ihre Existenz auf's Spiel setzen. Aber der Selbsterhaltungstrieb wird sie nöthigen, zu dem Mittel der Arbeitszeitverkürzung zu greifen und damit wird sie nicht nur ihren Zweck erfüllen, sondern auch das Klassenbewußtsein ihrer Mitglieder neu stärken und beleben.

Die Ausführungen, welche der Artikelschreiber bezüglich der Verhältnisse macht, die sich entwickeln würden, wenn alle Arbeiter organisiert sind und die Arbeitslosen unterstützen wollen, sind nur eine Nebensache ohne jede Bedeutung. Wenn die Arbeiter alle organisiert sind, werden sie nicht ihre

Schwanz aufzäumen. Der Reservearmee gegenüber ist auch die mächtigste Gewerkschaft ohnmächtig, und ihre Existenz bedeutet den Bankrott jeder Gewerkschaft, die sich die vergebliche Mühe macht, durch Arbeitslosenunterstützungen diesen grundlosen Sumpf des Kapitalismus auszupumpen. Eine einfache Betrachtung wird das anschaulich machen: Angenommen, sämtliche Industrie-Arbeiter seien organisiert und die Organisationen hätten sich die Aufgabe gestellt, alle arbeitslosen Mitglieder zu unterstützen. Die Folge davon wird sein, daß die ganze Reservearmee der Arbeitslosen von den in Arbeit befindlichen Mitgliedern erhalten werden muß. Da die Arbeitslosenarmee aber einen sehr erheblichen Bruchtheil aller Arbeiter ausmacht, so bedeutet die Unterstützung der Arbeitslosen nicht eine durchschnittliche Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter, sondern eine erhebliche Verschlechterung; denn so viel wie der Antheil der Arbeitslosen an der Gesamtarbeiterschaft ausmacht, so viel müßte dann jeder Arbeiter von seinem Antheile an Unterstützung abgeben. Den Arbeitslosen würde allerdings nothdürftig geholfen werden, aber nur auf Kosten einer erheblichen Herabsetzung der Lebenshaltung der Arbeiter unter das Existenzminimum. Während unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur ein Theil der Arbeiter, nämlich die dauernd Arbeitslosen, würde dann die Gesamtmasse der Arbeiter infolge ihrer verschlechterten Lebenshaltung rapid degeneriren müssen.

Wer aber in den reinen Unterstützungszwecken die Kampfaufgabe der Gewerkschaftsbewegung erblickt, hat das Wesen der Gewerkschaftsbewegung nicht begriffen. Wesentlich anders liegt es natürlich bei Arbeitslosenunterstützungen infolge eines Streiks, worauf wir jedoch wohl nicht einzugehen brauchen. Nicht Verschlechterung, sondern Verbesserung der Klassenlage ist ihr Endziel, denn nur die besten, die geistig und körperlich kräftigsten Elemente vermögen die Klassenkämpfe der Gegenwart bis zu ihrer Entscheidung durchzukämpfen."

In dem weiteren längeren Theil des Artikels wird gesagt, daß die Gewerkschaften ihr Hauptaugenmerk darauf zu richten haben, die Lohnkämpfe der Arbeiter zu organisiren, die Arbeitszeit auf ein gesetzlich festgesetztes Maß zu fixiren und die Arbeitsvermittlung in ihre Hand zu nehmen. Ferner müsse es Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung sein, direkt darauf hinzuzielen, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu pflegen.

Wenn der Verfasser dann schildert, wie durch die Kämpfe der Gewerkschaften das Klassenbewußtsein der Arbeiter gehoben wird, wie gerade die Organisation in Berufsgruppen die Arbeiter zusammenschweißt und zum sozialen Kampfe befähigt, so wiederholt er nur das, was hundertfach in den Gewerkschaftsblättern und in den Gewerkschaftsversammlungen gesagt worden ist. Es soll diese Anführung kein Vorwurf sein, denn es kann den Arbeitern nicht oft genug gepredigt werden, welche Wirkung die Gewerkschaftsbewegung im Befreiungskampfe des Proletariats ausübt und noch in weit stärkerem Maße später ausüben wird. Wenn der Verfasser des Artikels in seinen Ausführungen über den Zweck der Gewerkschaften zum Theil das Richtige trifft, so schießt er bei der Frage, welche Mittel angewandt werden müssen, um diesen Zweck zu erreichen,

weit über das Ziel hinaus. Er hält die Organisationen, welche ein ausgebreitetes Unterstützungswesen haben, nicht für diejenigen, welche den Zweck der Gewerkschaftsorganisation richtig und vollkommen erfüllen, ja, er behauptet, es gäbe noch „einige“ Gewerkschaften in Deutschland, die gerade in der Pflege utopistischer Nebenziele ihre Hauptthätigkeit entfalten.

Der Verfasser betont ausdrücklich, daß er nicht die „Gewerkvereine“, sondern die sogenannten „Gewerkschaften“ meint. Und hier wäre es zweifellos angebracht gewesen, diese „einige“ Gewerkschaften zu nennen. Wir haben uns nochmals die Statuten der Organisationen, in welchen Arbeitslosenunterstützung gezahlt wird, angesehen. Es sind dies die des Bildhauer-, Brauer-, Buchdrucker-, Glasarbeiter-, Glacehandschuhmacher-, Hutmacher-, Kupfererschmied-, Lederarbeiter-, Porzellanarbeiter- und Zigarrenfortirer. In den Statuten dieser Verbände (mit Ausnahme der Hutmacher) heißt es: Zweck des Verbandes ist die Wahrung der geistigen und materiellen Interessen der Mitglieder. Der Zweck soll erreicht werden durch Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. In einigen Statuten auch durch Verkürzung der Arbeitszeit und Erzielung einer ausreichenden Lebenshaltung. Ferner durch Regelung des Arbeitsnachweises. Und dann wird gesagt, daß außerdem noch Unterstützungen an die Mitglieder gewährt werden können. Das Statut der Hutmacher stellt als Zweck der Organisation die Vertretung der privaten und gewerblichen Interessen der Mitglieder hin, erwähnt aber nicht, daß diese durch Eringung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht werden soll. Die Unterstützung gewährenden Organisationen stellen also in ihren Statuten den Zweck der Gewerkschaften oben an und betrachten die Unterstützung als Mittel, diesen Zweck zu erreichen. Wenn also der Verfasser des Artikels von „einigen“ Gewerkschaften, welche z. z., spricht, so beweist er, daß er die Organisationen nicht kennt, meinte er aber die Hutmacher, so wäre es Pflicht gewesen, dieselben einfach zu nennen. Doch nicht auf die Bestimmungen des Statuts, sondern auf die Thätigkeit der Organisation kommt es an, und es wird dem Gegenseite des Unterstützungswesens schwer fallen, nachzuweisen, daß die genannten Gewerkschaften nicht ständig bestrebt sind, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Gerade diese Organisationen haben viele und schwere Kämpfe durchgeföhrt und ganz besonders deswegen, weil die gesteigerte Aufgabe für Arbeitslosenunterstützung eine Verkürzung der Arbeitszeit nothwendig machte. Die Buchdrucker führten ihren Kampf um den Neunstundentag, weil die Zahl der zu unterstützenden Arbeitslosen zu groß geworden war. Die Hutmacher werden zu einem Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit genöthigt werden, weil auch dort die Unterstützungen nur noch schwer aufgebracht werden können. Gerade die Arbeitslosenunterstützung drängt die Organisationen dazu, die Arbeitszeit zu verkürzen. Wäre nicht diese eine Thatsache genügend um in dieser Unterstützung ein Mittel zum Zweck und zwar ein äußerst brauchbares Mittel, zu sehen? Ist es nothwendig, auf die alljährlich ausbrechenden Kämpfe der Brauer und Glasarbeiter, auf die

Lebenshaltung durch Zahlung hoher Beiträge für die Arbeitslosen verschlechtern, sondern durch Verkürzung der Arbeitszeit einem Theil der Beschäftigungslosen Arbeit und Verdienst verschaffen. Das ist so selbstverständlich, daß man darüber kein Wort verlieren braucht, abgesehen davon, daß die Aussicht, alle Arbeiter zu organisiren, garnicht vorhanden ist. Und die Mittel, welche zur Arbeitslosenunterstützung aufgebracht werden müssen, sind keineswegs so große, daß sie eine wesentliche Herabsetzung der Lebenshaltung der Mitglieder der Organisationen herbeiführen würden. Wir verweisen hier auf die in voriger Nummer des „Correspondenzblattes“ in dem Bericht über die Generalversammlung der Tabakarbeiter gebrachten Zahlen.

Wir betrachten die Unterstützungen in den Gewerkschaften nicht als Zweck der Organisation, sondern als ein Mittel, ihren Zweck zu erreichen. Die Unterstützungen sollen dazu dienen, die Indifferenten in die Organisation zu ziehen; sie sollen verhindern, daß die Arbeitslosen zu schlechteren als den von der Organisation gestellten Arbeitsbedingungen Arbeit annehmen; sie sollen es der Gewerkschaft ermöglichen, das einmal Errungene zu erhalten und, von Diesem ausgehend, weitere Verbesserungen der Lebenshaltung ihrer Mitglieder zu erringen; sie sollen dem auf der Reise befindlichen Mitgliede es möglich machen, als Agitator für die Organisation zu wirken; sie sollen den Arbeitsnachweis in die Hände der Arbeiter bringen. Sie sind also eine nothwendige Einrichtung der Gewerkschaften und müssen denselben nicht nur erhalten bleiben, sondern in den Organisationen, die sie noch nicht besitzen, soweit dies irgend möglich ist, eingeführt werden.

Die Unterstützungseinrichtungen geben der Organisation erst den richtigen Halt. Sie verhindern, daß die Mitglieder während der Periode des geschäftlichen Niederganges aus der Organisation ausscheiden, denn in solchen Zeiten, während der Arbeitslosigkeit, bietet die Organisation ihren Angehörigen einen festen Stützpunkt. Während alle Organisationen, welche ihren Mitgliedern solche Vortheile bieten, einen wenig schwankenden Mitgliederbestand haben, sehen wir, daß in den anderen Gewerkschaften die Zahl der Mitglieder bedeutenden Schwankungen unterworfen ist. Verwaltungsstellen werden errichtet, um nach kurzer Zeit wieder zu verschwinden. Bei ungünstiger Geschäftslage bemächtigt sich der Mitglieder eine enorme Muthlosigkeit, kurz, die Organisation bietet ihnen in den ungünstigen Perioden nicht den nothwendigen Halt. Dann beginnen die Mitglieder der Verwaltung Vorwürfe zu machen, daß sie nicht gut gewirksam habe. Die Form der Organisation soll geändert, größere Verbände sollen geschaffen werden. Daß aber die Ursache der ungünstigen Lage der Organisationen darin liegt, daß man sie nicht so ausgebaut hat, um von ihr auch in den schlechten Perioden Schutz und Hilfe erwarten zu können, das wird fast immer übersehen. Ferner zwingt die Organisation, welche den Mitgliedern Unterstützung gewährt, die ihr Angehörigen, bei einer

Arbeitseinstellung nicht als Streifbrecher zu fungiren. Der Ausschluß aus einer solchen Organisation bringt den davon Betroffenen um eine Reihe Rechte, die er sich durch langjährige Beitragszahlungen erworben hat. Er wird sich in den meisten Fällen hüten, gegen seine Genossen aufzutreten und, wenn auch nicht gern, so doch in eigenen Interesse, aus Egoismus sich einem Streif anschließen. In den Organisationen, in welchen ein Ausschluß ein Mitglied nicht um weitgehend Rechte bringt, treibt der Egoismus die launen nicht vom Klassenbewußtsein durchdrungenen Mitglieder dazu, an ihren Arbeitsgenossen zum Verräther zu werden. Sie sind dann schuld daran, daß ein Streik verloren geht oder um Wochen verlängert wird. Die nutzlose Ausgabe für einen verlorenen Streik, die Mehrausgabe für eine durch Streifbrecher verlängerte Arbeitseinstellung wird größer sein, als die für Unterstützung der Arbeitslosen auszugebende Summe. Will man nun anführen, daß auch der Streik der Buchdrucker, trotz Arbeitslosenunterstützung, verloren gegangen, so können wir nur wiederholen, was schon öfter gesagt eine so weitgehende Forderung, wie die der Buchdrucker, wird nicht im ersten Angriff erfüllt werden und die Buchdrucker werden durch weiteren, zu geeigneten Zeit aufzunehmenden Kampf den Neunstundentag erringen, ehe andere Gewerbe dazu kommen werden, für ganz Deutschland den zehn- oder elfstündigen Arbeitstag eingeführt zu haben. Aber gerade die Buchdruckerorganisation zeigt, was eine Gewerkschaft, die ihren Mitgliedern etwas bietet, zu leisten vermag. Schon heute hat diese Organisation sich vollständig von ihrer Niederlage erholt. Sie hatte vor dem Streik za. 17000 Mitglieder. Ende 1893 zählte sie bereits wieder 16560 Mitglieder und verfügte über ein Vermögen von M. 85 847,—. Während andere Gewerkschaften nach schweren Niederlagen Jahre brauchen, um sich zu erholen, sehen wir diejenigen, welche ihren Mitgliedern weitgehende Vortheile gewähren, bald wieder in alter Kraft dastehen.

Von welcher Seite wir auch die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften betrachten mögen, immer bieten sie sich als Mittel zum Zweck, aber als ein fast unentbehrliches Mittel. Das Klassenbewußtsein wird durch die Schriften der Organisationen, durch die Vorträge in den Versammlungen und besonders durch den wirtschaftlichen Kampf, durch den Streik in den Arbeitern geweckt und befestigt. Daß die Gewerkschaft ihren Mitgliedern zu allen Zeiten Schutz und Hilfe bietet, kann diese doch nicht von ihrem Standpunkte des Klassenkampfes abbringen. Ja, wenn Organisationen beständen oder gegründet würden, die sich ausschließlich der Unterstützung ihrer Mitglieder bei Arbeitslosigkeit zc. widmeten, so würden auch wir diese bekämpfen, wie wir dies gegenüber den „Gewerkvereinen“ thun. Wo aber der Zweck der Organisation die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter und die Arbeitslosenunterstützung Mittel zum Zweck, da ist diese nicht nur nützlich, sondern nothwendig.

Der Streik im schottischen Kohlenrevier.

In der letzten Nummer der „Labour Gazette“ wird über den Streik der schottischen Bergleute wie folgt berichtet:

Ehe ein Bericht von den Umständen und dem jüngsten Verlaufe des Streiks gegeben wird, mögen einige Zahlen, betreffend die Anzahl der Beschäftigten und den jährlichen Gewinn von Kohlen in den bezüglichen Landestheilen, mitgeteilt werden. In Uebereinstimmung mit den Berichten der Bergwerksinspektoren von 1893 beträgt die Anzahl der Personen, welche in Schottland in oder bei Bergwerken beschäftigt sind, eingeschlossen diejenigen bei Privat-, Zweig- und Seitenbahnen, beim Kohlenwaschen und Koksverbrennen 90825 oder ungefähr 13 Prozent der Gesamtzahl (683008) für ganz Großbritannien und Irland. Von dieser Gesamtzahl waren 74830 unter der Erde beschäftigt und von diesen waren 67298 über 16 Jahre alt.

Von der Gesamtzahl der Beschäftigten zählte Lanarkshire 42119, Ayr 12924, Fife 11872, Stirling 6718, Edinburgh 6034 und Linlithgow 4874.

Die in Schottland während 1893 geförderten Kohlen betragen 25482918 Tonnen oder 15 1/2 Prozent des gesammten Gewinnes des Vereinigten Königreichs. Im Anschluß hieran wurden 1947842 Tonnen Schieferthon gewonnen oder ungefähr 99 Prozent der Schieferthon-Produktion des Vereinigten Königreichs.

Infolge der großen Arbeitseinstellungen in gewissen Landestheilen Englands 1893 fällt der Vergleich mit den Mengen der geförderten Kohlen zu Gunsten Schottlands aus, was bei ununterbrochener Förderung in England nicht der Fall gewesen wäre.

Vor den jüngsten Lohnherabsetzungen haben seit 1887 folgende Schwankungen der Löhne der Bergleute in Schottland stattgefunden:

Abweichungen vom Normallohn in Prozentfäßen angegeben.

Jahr	Südliches Schottland	Fife und Kinross
1887	+ 4 1/2	+ 10
1888	+ 11	+ 5
1889	+ 44 1/2	+ 32 1/2
1890	—	+ 11 1/2
1891
1892	÷ 26 2/3	÷ 25
1893 (Juni)	÷ 26 2/3	÷ 12 1/2
Während der engl. Streittigk.	} + 58 1/3	+ 25

In Fife und Kinross ausgenommen, waren die schottischen Bergleute nie in strengen Verbänden. Im letzten Jahre wurde während der großen Arbeitseinstellung in den englischen verbündeten Distrikten das schottische Kohlegeschäft sehr lebendig. Die schottischen Bergleute blieben bei der Arbeit und wurden Alle während der ganzen Zeit beschäftigt, ausgenommen bei einer oder zwei Gelegenheiten, wo kurze Aussetzungen stattfanden, um die Löhne höchstmöglich hinaufzutreiben; eine Folge des Ein-

stellens der Arbeit über einen so großen Theil des englischen Kohlengebietes. Bei einer so günstigen Lage wurden bedeutende Lohnerhöhungen erlangt, wie aus der obigen Tabelle ersichtlich. In Lanarkshire, welches der Mittelpunkt des Kohlengebietes in Schottland ist, wurden zwei allgemeine Aufbesserungen von 1 sh täglich während des Augusts erlangt, während in einigen besonderen Fällen im Süden Schottlands eine dritte Aufbesserung von 1 sh zeitweilig erreicht wurde. In Fife und Kinross, wo vorher größere Lohnerhöhungen erzielt waren, wurden je eine Erhöhung von 12 1/2 Prozent und zwei von 6 1/4 Prozent erlangt, also zusammen 25 Prozent.

Diese Erhöhungen und der Ausfall der Kämpfe der Verbände in England erzeugten unter den schottischen Bergleuten eine starke Neigung für die Politik der Verbände, welche nicht abgeschwächt wurde durch den Verlauf eines Streiks in Schottland wegen einer dritten Lohnerhöhung von 1 sh täglich im letztjährigen November. Es wurden von den schottischen Bergleuten Schritte gethan, um zu einer Verbindung mit dem englischen Verbände zu kommen, mit welchem vorher nur die Bergleute von Fife vereinigt waren. Vorläufig wurde ein schottischer Bergmannsbund gegründet und diese Korporation verband sich mit der Hauptverbindung. In dieser Weise wurde eine Geschlossenheit des Vorgehens der schottischen Bergleute zu Stande gebracht, welche bis dahin nicht vorhanden war.

Während des Winters und der ersten Monate im Frühling wurden die Lohnerhöhungen gut aufrecht erhalten, aber im April fanden hier und da Abzüge statt. In der ersten Woche des Mai wurde von den verbündeten Grubenbesitzern durch den ganzen Süden Schottlands, wo 35000 Bergleute arbeiteten, bekannt gemacht, daß allgemein 1 sh täglich in Abzug käme.

In dem Distrikte Fife wurde ein Abzug von 15 Prozent bekannt gegeben. Wie in der letzten Ausgabe der „Gazette“ mitgeteilt wurde, versammelte sich der Verband der schottischen Bergleute am 7. Mai in Glasgow und beschloß, den Bergmanns-Verband von Großbritannien um seine Meinung hinsichtlich des einzuschlagenden Weges angesichts der angedrohten Lohnabzüge zu befragen. Inzwischen hatten die 35000 betroffenen Bergleute gestreift, die hiervon berührten Distrikte waren Argyleshire, Ayrshire, Lanarkshire und ein Theil von Lothians. In Fife, wo lange Vermittlungsverträge zwischen den Verbänden der Grubenbesitzer und Bergleute in Wirksamkeit waren, blieben die Leute bei der Arbeit, und es fand eine Zusammenkunft statt, in welcher die Grubenbesitzer ihre Forderung eines 15prozentigen Abzuges auf 12 1/2 Prozent ermäßigten. Die ermäßigte Forderung fand indessen nicht die Zustimmung der Bergleute. In der Erwartung einer endgültigen Entscheidung durch den Bund kehrten die feiernden Leute zur Arbeit zurück, und in den Abzug wurde vorläufig eingewilligt. Die Mühe, welche sich der schottische Verband gab, um den Bund der Grubenbesitzer zu einer gemeinsamen Sitzung zu veranlassen, blieb ohne Erfolg. Am 29. und 30. Mai faßte

der in Carlisle versammelte Verband der Bergleute von Großbritannien den Beschluß, den schottischen Bergleuten zu rathen, den Lohnabzug zurückzuweisen, zu deren Unterstützung legten sie sich eine Steuer auf. Dieser Rath wurde von den schottischen Bergleuten durch Abstimmung angenommen; 25 715 Stimmen waren dafür, 14 516 dagegen; die Stimmen von Lanarkshire waren gleichmäßig getheilt. In Uebereinstimmung mit dieser Entscheidung wurden Schritte gethan, diese so bekannt zu machen, daß eine allgemeine Arbeitseinstellung am 25. Juni stattfinden konnte. In Cumberland (ein Distrikt mit genügendem Auskommen), wo ein 10prozentiger Lohnabzug angekündigt war, blieb die Bekanntmachung der Entscheidung durch Beschluß der Bergleute von Schottland in der Schwebe. Am 6. Juni beschloß eine Zusammenkunft der schottischen Grubenbesitzer, an den Lohnabzügen festzuhalten und dem Verlangen, diese zurückzunehmen, nicht zu willfahren.

Während der ersten Hälfte des Juni wurden von beiden Parteien Vorbereitungen zu dem heran nahenden Kampfe getroffen, während in den viel Kohlen verbrauchenden Gewerben bekannt gemacht wurde, daß im Falle einer Arbeitseinstellung im Kohlengeschäfte die Werkstellen geschlossen würden. Am 15. Juni beschloß eine in Birmingham tagende besondere Versammlung des Bergarbeiterbundes von Großbritannien, daß eine Steuer von 6 d per Kopf aller Mitglieder der Verbindung zur Unterstützung der schottischen Bergleute erhoben werden soll und daß Mitglieder des Vorstandes sich nach Schottland begeben sollten, um das Geld zu vertheilen und die Leute zu ermuntern. Am 20. Juni wurde bei einer Versammlung des Vorstandes der Grubenbesitzer bestätigt, daß die Arbeitgeber in allen Distrikten sich einig wären in dem Entschlusse, den Forderungen der Leute nicht nachzugeben. Ungefähr zu derselben Zeit setzte sich die Edinburgher Handelskammer mit den streitenden Verbänden in Verbindung und lud sie ein, zur Vermittelung ihre Zuflucht zu nehmen und schlug zu diesem Zwecke ein Schiedsgericht, bestehend aus den Abgeordneten der Handelskammern von Edinburgh, Glasgow und Dundee, vor.

Von Seiten der Bergleute wurde dieses Anerbieten mit der Begründung, daß die Zusammenstellung des vorgeschlagenen Schiedsgerichtes nicht zufriedenstellend wäre, abgelehnt, während die Grubenbesitzer beschloßen, daß keine Vermittelung von außerhalb angenommen werden könne. In wenigen einzelnen Fällen machten Grubenbesitzer ihren Leuten den Vorschlag, daß sie mit der Arbeit fortfahren und den ganzen oder einen Theil des streitigen Lohnes erhalten sollten. Die Verbindung

der Bergleute ist solchen lokalen und theilweise Verständigungen feindlich und wurden sie beschloßen, daß den bei den Bergwerken beschäftigten Leuten, welche nicht direkt Kohlenarbeiter erlaubt werden solle, weiter zu arbeiten, nicht bei Kohlen. Vor der Bekanntmachung der Arbeitseinstellung über das ganze schottische Kohlenfeld unmöglich wäre, aber innerhalb weniger Tage nach der festgesetzten Zeit fand man, daß wenigstens 95 Prozent der Kohlen-Bergleute von Schottland ihr Arbeitsgeräth aus den Bergwerken fortgelassen hatten. Seit der in dieser Weise begonnene Arbeitseinstellung hat keine wesentliche Aenderung in der Haltung der Parteien stattgefunden. Wahrscheinlich sind 70 000 Bergleute an diesem Streiktheil beteiligt. Man sagt, daß Bergleute in den Glasgow- und Ayr-Distrikten, welche Häuser bewohnen, deren Eigentümer Grubenbesitzer sind, von den Arbeitseinstellern benachrichtigt wurden, daß sie nach Ablauf des Miethkontraktes auszuziehen hätten.

Am 3. Juli beschloß eine Versammlung des Ausschusses des Bergarbeiterbundes von Großbritannien, die Steuer zur Unterstützung der schottischen Bergleute von wöchentlich 6 d auf für jedes Mitglied zu erhöhen. Etwas Ueberraschendes scheint unter den schottischen Bergleuten dadurch hervorgerufen zu sein, daß die Höhe der Steuern von den englischen Bergleuten aufgebracht und zur Unterstützung für die 30 000 schottischen Mitglieder der Verbände berechnet wurde, während weitere 40 000 Bergleute in keinem Verbande befinden.

Eine Sache, welche etwas Einfluß auf den Verlauf des Streiks haben mag dadurch, daß beide Parteien weniger geneigt zu einem sofortigen Vertrage macht, ist, daß die Feiertage der Glasgower Messe jetzt in vollem Gange sind und bis zur dritten Juliwoche dauern werden. Infolge des Streiks werden viele Werke, welche Kohlen gebrauchen, früher wie sonst, der Feiertage wegen, geschlossen und mögen einige Tage länger geschlossen bleiben. Die Wirkung der Arbeitseinstellung auf andere Gewerbe war bereits sehr hängnißvoll. Zwei Drittel der Hochöfen, welche im vorigen Jahr betrieben wurden, sind ausgeblieben und die Eisenbahngesellschaften stellten rollendes Material außer Gebrauch und ließen eine große Anzahl Arbeiter vorläufig feiern.

Wenn die gegenwärtigen Unterhandlungen zwischen den englischen Grubenbesitzern und dem Bergarbeiterbund wegen eines Uebereinkommens in den Lohnfragen der Bergleute von Erfolg gekrönt so hat möglicherweise eine solche Erledigung einen großen Einfluß auf den Streik in Schottland.

Kongresse und Generalversammlungen.

Generalversammlung des Verbandes der am Schiffbau und an der Schifffahrt beschäftigten Personen Deutschlands in Lübeck am 22. und 23. Juli 1894.

Betreten sind von Hamburg die Kaiarbeiter, die Gwerführer, die Speicherarbeiter, die Daggere, die Schauerleute durch je einen Delegirten. Die

Berstarbeiter sind vertreten durch den zweiten Vorsitzenden des Verbandes. Ferner haben Delegirte die Hafnarbeiter von Altona, Bremen, Bremerhaven, Kiel, Lübeck, Lehe, Stettin und Rendsburg. Im Ganzen sind 18 Delegirte anwesend.

Die vom Kassirer des Verbandes gedruckte und vorgelegte Abrechnung pro 1893 ergibt eine Einnahme

von M. 4833,48, eine Ausgabe von M. 3646,39. Im 1. Quartal 1894 betrug die Einnahme M. 1705,26, die Ausgabe M. 894,09, im 2. Quartal 1894 die Einnahme M. 1345,98, die Ausgabe M. 909,77.

Der Kassenbestand, der Ende Dezember 1892 M. 877,68 betrug, ist demnach bis Ende Juni 1894 auf M. 3312,15 gestiegen. Außerdem weist der Generalfonds einen Bestand von M. 1578,80 auf.

An die Generalkommission wurden abgeführt während der letzten 1½ Jahre M. 557,25. Für Agitation wurden verausgabt za. M. 1000, an Streifende und Gemahregelte za. M. 300.

Der Verband wurde 1892 durch den Zusammenschluß des Verbandes der Hafendarbeiter, 4513 Mitglieder, und des Verbandes der Werftarbeiter, 1830 Mitglieder, gebildet. Infolge der Choleraepidemie in Hamburg ging der Verband, der sein Hauptkontingent von Mitgliedern in Hamburg hatte, an Mitgliederzahl bedeutend zurück. Er hatte Ende 1892 nur noch 1994 Mitglieder und auch diese konnten infolge der Arbeitslosigkeit ihre Beiträge nicht voll bezahlen. Deswegen mußte das bis dahin herausgegebene Fachorgan, welches monatlich zweimal erschien, eingehen und wurde ein kleines Korrespondenzblatt, welches nur die Bekanntmachungen des Vorstandes und die Abrechnungen enthielt, nach Bedarf herausgegeben. Die Mitgliederzahl war Ende 1893 auf 1600 zurückgegangen, während, wie vorstehend erwähnt, die Vermögensverhältnisse sich wesentlich gebessert haben.

Die von den Delegirten der einzelnen Hafenzweige über die wirtschaftliche Lage der Hafendarbeiter sowie über die Organisation derselben erstatteten Berichte ergaben ein wenig erfreuliches Resultat.

Der russische Zollkrieg hat den Hafendarbeitern gewaltigen Schaden gebracht; in Bremerhaven, woselbst ein nicht unbedeutender Handel mit russischer Wolle getrieben wird, stockte die Schifffahrt fast vollständig; auch die Weser-Korrektion trug viel zu diesem Umstande mit bei. Durch die letztere gelangten immer mehr größere Schiffe direkt nach Bremen. Die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft deckte ihren Bedarf an Arbeitskräften wesentlich aus der infolge der Geschäftsflaute in Bremen zahlreich vorhandenen Reservearmee. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeit sind die Regel. So zahlt die Bremer Lagerhaus-Gesellschaft nur einen Lohn von M. 3 pro Tag, der Norddeutsche Lloyd einen solchen von M. 3,50.

Auch die Hamburger Hafenzweige haben sich seit 1890 immer mehr verschlechtert. Bei einzelnen Branchen der Hafendarbeiter, namentlich bei den Speicherarbeitern und Werftarbeitern Hamburgs, herrscht ein Kleinmuth bezüglich der Organisation, der für zielbewußt denkende Arbeiter geradezu beschämend ist.

Die Folgen der mangelhaften Organisation sind natürlich eine immer größere Abhängigkeit von den Kapitalisten und deren beutegierigen Arbeitsvermittlern. Wer nicht in deren Wirtschaften tagelang herumkaut, hat keine Aussicht, Arbeit zu erhalten. Diese unwürdigen Zustände sind erklärlicher Weise nicht dazu angethan, das moralische Selbstgefühl der Arbeiter zu heben. Die bisher entfaltete Agitation war wenig wirkungsvoll.

Noch schlimmer liegen zum Theil die Verhältnisse in Kiel; auch dort dasselbe Wirtschaftssystem und dieselbe Lethargie unter den Hafendarbeitern. Von 500—600 Hafendarbeitern gehören nur 12 zum Verband. Die traurigsten Verhältnisse herrschen unter den Diggerern in Hamburg. Ein Theil derselben hat eine Arbeitszeit von 19—20 Stunden; dieselben müssen auf ihren Schiffen in geradezu schauerlichen Löchern schlafen, in einem Lufteraum von 10—12 Kubikmetern liegen manchmal sechs Mann zusammengepfercht. Der Verdienst für die entsetzlich lange Arbeitszeit variiert zwischen M. 19 und 30.

In einzelnen Orten herrscht eine Strömung für lokale Organisation und rief der Bericht des Delegirten aus Stettin, woselbst noch ein Lokalverein besteht, eine recht lebhafte Debatte hervor. Die Stettiner Hafendarbeiter haben das Glück gehabt, infolge einer recht günstigen Geschäftskonjunktur von ihren Rhedern nach einem Streik von drei Tagen einige recht bescheidene Forderungen bewilligt zu erhalten. Trotz alledem die Verhältnisse in Stettin auch jetzt noch ungünstiger sind, als in anderen Hafenzweigen, glauben doch die Stettiner Hafendarbeiter in ihrer Lokalorganisation das Allheilmittel für alle Schäden entdeckt zu haben. Die Verhältnisse werden dieselben wohl bald eines Besseren belehren. Der Stettiner Delegirte stand mit seinen Ansichten über lokale Organisation völlig allein; alle übrigen Delegirten sprachen sich energisch dahin aus, daß nur durch den engsten Zusammenschluß der Hafendarbeiter in allen Hafenzweigen eine Verbesserung ihrer Lage herbeigeführt werden könnte.

Von allen Seiten wurde die Nothwendigkeit einer regen Agitation betont; die meisten Hafenzweige des Inlandes, am Rhein, an der Elbe und der Oder sind bis jetzt nicht angeschlossen; auch in Berlin mangelt es noch an einer Organisation, und ersucht der Verband die verschiedenen örtlichen Gewerkschaftskartelle, Verbindungen mit den Hafendarbeitern anzuknüpfen und etwaige Adressen von Vertrauenspersonen dem Vorstande zu übermitteln.

Für den eventuell im nächsten Jahre stattfindenden Gewerkschaftskongress bestimmt die Generalversammlung Will-Hamburg und Brünjes-Bremerhaven als Delegirte. Im Verhinderungsfalle sollen Kellermann-Hamburg und Gehre-Bremerhaven als Stellvertreter fungiren.

Es folgt sodann die Statutenberathung. Beantworte ist, den Verband wieder wie früher: „Verband der Hafendarbeiter Deutschlands“ zu nennen.

Begründet wird der Antrag damit, daß sich bekanntlich nach dem Halberstädter Kongress der Hafenzweige und Werftarbeiter-Verband verschmolzen hätten. Sehr bald hätte sich jedoch gezeigt, daß dies ein Mißgriff gewesen ist. Hafenzweige und Werftarbeiter hätten auf wirtschaftlichem Gebiet zu wenig Berührungspunkte.

Der Zusammenschluß sei ein künstlicher, den wirtschaftlichen Interessen nicht entsprechender gewesen. Die Werftarbeiter seien jetzt, bis auf wenige, sämtlich aus dem Verband ausgeschieden; anstatt eines größeren Zusammenschlusses sei nur

eine Zerplitterung der Kräfte erreicht worden. An mehreren Plätzen hätten die Werftarbeiter Lokalvereine gegründet; ein Theil hätte sich der Metallarbeiter-Organisation angeschlossen, die große Mehrheit gehöre keiner Vereinigung an.

Die Generalversammlung beschließt, Werftarbeiter für die Folge nicht mehr aufzunehmen und der Organisation wieder den Namen: „Verband der Hafenarbeiter Deutschlands“ zu geben.

Ferner wird beschlossen, nicht mehr wie bisher 66 $\frac{2}{3}$ %, sondern nur 50 Prozent der Einnahme an

die Hauptkasse abzuführen und die Generalversammlungen nicht wie bisher alle Jahre, alle zwei Jahre abzuhalten.

Das „Correspondenzblatt“ soll in derselben Weise weiter erscheinen. Dem Vorstand des Verbandes wird aufgegeben, Schritte zu thun, daß die Arbeitsstätten der Hafenarbeiter unter das Fabrikinspektorat gestellt werden, die Unfallverhütungsvorschriften jetzt nicht reichend zur Ausführung gelangen.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg, der Sitz des Ausschusses wird nach Lübeck

Situationsbericht.

Der Ausstand der Schuhmacher in Burg b. M. dauert jetzt bereits 15 Wochen. Irgend eine Aussicht, den jetzt noch Ausgesperrten Arbeit in Burg zu verschaffen, ist kaum vorhanden, denn die Fabriken sind mit fremden Arbeitern und Streikbrechern besetzt. Es sind noch ca. 100 Ausgesperrte, 59 männliche und 32 weibliche, zu unterstützen. Die Mehrzahl der Ausstehenden ist abgereift. Aber dieselben finden nur schwer in anderen Städten Arbeit. Gleich einem Geächteten werden sie von den Arbeitsstellen zurückgewiesen. Um dieser Verrufserklärung entgegenzutreten, giebt es nur ein Mittel, den Boykott der aus Burg kommenden Schuhwaaren. Auf die gewaltige Waffe, welche die Arbeiter in dem Boykott in Händen haben, ist schon wiederholt hingewiesen worden, desgleichen darauf, daß keine besonderen Anforderungen bei der Ausführung eines Boykotts an die Arbeiter gestellt werden. Wenn nun den heute noch in Burg Ausgesperrten dadurch, daß die Arbeiter keine Schuhwaaren, welche in Burg angefertigt worden sind, kaufen, wieder Arbeit verschafft oder wenigstens dafür gesorgt wird, daß die gegen sie erlassene Verrufserklärung zurückgenommen wird, so wird dadurch nur der Solidarität Ausdruck gegeben.

Andererseits sollten aber auch die Opfer dieses unglücklichen Kampfes nicht ohne Unterstützung gelassen werden. Bei den gegenwärtigen sozialen Kämpfen kann jeder Arbeiter in die gleiche Lage kommen und auf die Solidarität seiner Genossen angewiesen sein. Dieser Gedanke sollte die Arbeiter,

welche in der Lage sind, den Ausgesperrten Scherflein zu opfern, bei ihren Handlungen

Adresse: W. Vogt, Holzstr. 2, Jesso's rani, Burg b. M.

In Schlotheim haben sich auch die in beschäftigten Arbeiter den streikenden angeschlossen. Es sind 72 männliche und 6 weibliche Personen zu unterstützen. Die Produktion gänzlich lahmgelegt und die Vorräthe sind erschöpft. Die Fabrikanten befinden sich in größter Verlegenheit, denn bis jetzt hat sich noch nicht ein Streikbrecher nach Schlotheim verirrt. Die Lage der Arbeiter (meistens Seiler) in der gelegenen Dertchen ist zu bekannt, als daß ein Arbeitsloser sich verleitet fühlen könnte, zu gehen, um bei angestrengter Arbeit langsame Hunger zu können. Die Hoffnung, daß die Streikbrecher keine Woche wegen Mangel an Mitteln im Streik harren könnten, ist den Fabrikanten geschwunden. Dank der bewiesenen Solidarität der deutschen Arbeiter, war es bis jetzt möglich, die Ausstehenden genügend zu unterstützen. Wenn diese Solidarität nur noch eine kurze Zeit in der bisherigen Form gegenüber den Seilern gezeigt wird, so ist daran zu zweifeln, daß in kurzer Zeit der Ausstand beendet ist. Wenn die früher gegebenen Schilderungen der Lage der Schlotheimer Seiler berücksichtigt werden, so wird es auch an weiterer pekuniärer Unterstützung der Ausstehenden nicht mangeln.

Adresse: H. Schlüter, Wahrenfelder Weg 48, II, Altona-Öttenfen.

Quittung über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom 6. bis 27. Juli 1894 eingegangene Gelder.

Quartalsbeitrag	(1. Qu. 1894) des Verbandes der Vergolder	M.
"	(2. Qu. 1894) des Seemannsvereins, Hamburg	"
"	(2. Qu. 1894) des Vereins der Handlungsgehülfen „Vorwärts“, Hamburg	"
"	(2. Qu. 1894) des Verbandes der deutschen Buchdrucker	"
"	(1. Qu. 1894) des Verbandes der Zimmerer	"
"	(2. Qu. 1894) des Vereins der Kellner und Berufsgenossen, Hamburg	"
"	(1. u. 2. Qu. 1894) des Vereins der Gastwirthsgehülfen, Altona	"
"	(2.—4. Qu. 1893) des Verbandes der Lederarbeiter	"

Zur Deckung des Defizits gingen ein:

W. Glück, Gelbgießer, Berlin	M.
A. Demuth, Woolstr. 41,	